



Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

7. Sitzung (öffentlich)

5. Dezember 2012

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:30 Uhr bis 17:20 Uhr

Vorsitz: Friedhelm Ortgies (CDU)

Protokoll: Gertrud Schröder-Djug

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung **5**

**1 Mineralöl und andere Schadstoffe in Schokolade von
Adventskalendern** **6**

Bericht der Landesregierung

An den Bericht von Minister Johannes Remmel (MKUNLV)
schließt sich eine Aussprache an.

**2 Nordrhein-Westfalens Wirtschaft braucht Freiräume statt neuer
Abgaben und mehr Bürokratie** **11**

Antrag

der Fraktion der CDU
Drucksache 16/1277

Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
7. Sitzung (öffentlich)

05.12.2012
sd-ka

Der **Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz lehnt** den **Antrag** der CDU-Fraktion **Drucksache 16/1277** mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, Grünen und Piraten gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP **ab**.

3 Energiemonitoring und Fortschrittsbericht „Energiewende in NRW“ schafft Transparenz und Faktenbasis 14

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/1047

Der **Ausschuss gibt** den **Antrag** der CDU-Fraktion **Drucksache 16/1047 ohne Votum** an den federführenden Wirtschaftsausschuss **zurück**.

4 Mit mehr Marktwirtschaft die Energiewende aktiv gestalten – Verantwortung für den Energie- und Industriestandort Nordrhein-Westfalen übernehmen 18

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/1267

Der **Ausschuss beschließt**, die **Anhörung des Wirtschaftsausschusses zu dem Antrag abzuwarten** und im neuen Jahr **erneut darüber zu beraten**.

5 Stromversorgung sicherstellen – welche Antworten hat die Landesregierung zur in Rede stehenden Abschaltung des Kraftwerks Datteln I-III? 20

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/1046

Entschließungsantrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/1376

Der Ausschuss lehnt den Antrag der CDU-Fraktion Drucksache 16/1046 mit den Stimmen der Fraktionen von

Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
7. Sitzung (öffentlich)

05.12.2012
sd-ka

SPD, Grünen und Piraten gegen die Stimmen der Fraktionen
von CDU und FDP ab.

6 PCB-Belastung in öffentlichen Gebäuden wie Schulen, Kitas und Sporthallen 24

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/1257

– Aussprache.

7 Wasserschäden im Ruhrgebiet infolge von Bergsenkungen 32

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 16/431

– Diskussion.

8 Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Rentengüter 36

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/1257

Der **Ausschuss** für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz **stimmt** dem
Gesetzentwurf der Landesregierung **Drucksache 16/1185**
einstimmig **zu**.

9 Verschiedenes 37

a) Urteil des OLG Hamm zu Klausner-Verträgen 37

Minister Johannes Remmel (MKULNV) trägt einen Bericht
vor.

Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
7. Sitzung (öffentlich)

05.12.2012
sd-ka

- b) Eine neue Rohrleitungsleckage in der Rheinland-Raffinerie** **38**
der Firma Shell in Köln-Godorf, die sich am 2. Dezember 2012
ereignet hat

Minister Johannes Remmel (MKULNV) informiert den
Ausschuss.

* * *

Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
7. Sitzung (öffentlich)

05.12.2012
sd-ka

6 PCB-Belastung in öffentlichen Gebäuden wie Schulen, Kitas und Sporthallen

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/1257

(Auf Wunsch des Vorsitzenden wird zu diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll erstellt.)

Vorsitzender Friedhelm Ortgies: Dieser Antrag wurde vom Plenum in seiner Sitzung am 9. November 2012 an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales – federführend – sowie an uns und andere Ausschüsse zur Mitberatung überwiesen. Die Mitberatungsfrist endet am 25. Januar 2013. Ich weise darauf hin, dass wir in unserer Sitzung am 24. Oktober 2012 das Finanzministerium einstimmig aufgefordert haben, eine Liste mit den festgestellten Verdachtsfällen in öffentlichen Gebäuden vorzulegen.

Simone Brand (PIRATEN): Im federführenden Ausschuss wurde vor einigen Tagen beschlossen, dass alle Kommunen angeschrieben werden, damit eine Gesamtliste der Gebäude erstellt wird. Deshalb möchte ich beantragen, dass wir die Beratung verschieben, bis die Gesamtliste vorhanden ist.

Vorsitzender Friedhelm Ortgies: Hat es eine Zeitangabe des Ministeriums gegeben?

Simone Brand (PIRATEN): Davon habe ich keine Kenntnis. Ich weiß nicht, ob es da eine zeitliche Frist gegeben hat.

Hans Christian Markert (GRÜNE): Unabhängig davon, ob wir verschieben oder nicht, ist es ein wichtiges Thema. PCB ist gesundheitsschädlich. Da sind wir uns alle einig. Das hat auch die Sitzung im Oktober gezeigt.

Allerdings habe ich, Frau Brand, bei Ihrem Antrag das Problem damit, dass Sie zwar zu Recht ein sehr ernstes Thema ansprechen, dass Sie aber bei den Forderungen zum Teil die falschen Adressaten anführen. An bestimmten Stellen fordern Sie eine Transparenz ein, wobei ich glaube, dass die Transparenz, so wie sie auch Kollegen von Ihnen eingefordert hätten, da Ihre Grenzen finden muss, wo persönliche und sensible Daten im Raum sind, unter anderem Gesundheitsbelastungen.

Ich meine – die Landesregierung ist dabei, die Daten zu sammeln –, dass wir über Ihren Antrag abstimmen sollten. Wir werden ihm aufgrund der eben genannten Argumente nicht zustimmen können – wegen der falschen Adressatenzuweisungen und wegen der übersteigerten Transparenz, die Sie hier einfordern. Bei sensiblen Daten geht das nicht. Menschen, die krank sind, wollen nicht, dass ihre Daten veröf-

Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
7. Sitzung (öffentlich)

05.12.2012
sd-ka

fentlich werden. Ansonsten halten wir an dem Beschluss fest, den alle Fraktionen gemeinsam getroffen haben, wonach die umfangreichen Daten dem Ausschuss zeitnah vorgelegt werden.

Frau Schulze Föcking, aus der Zeit, als Sie die Landesregierung gestellt haben, wissen Sie, wie kompliziert es teilweise ist, solche umfangreichen Daten zu ermitteln. PCB ist seit 1983 verboten. Wenn, dann geht es darum, dass wir das alle miteinander hätten vielleicht früher angehen können. Jetzt zu glauben, dass ein Minister innerhalb von sechs Wochen diese Daten vorlegen kann, die auch die vorletzte Landesregierung nicht vorgelegt hat, das wäre etwas vermessen. Wir tun gut daran, hier zu versuchen, gemeinsam eine Lösung im Sinne der Betroffenen zu finden.

Vorsitzender Friedhelm Ortgies: Ich habe eine Verständnisfrage. Hier ist eben von Frau Brand gesagt worden, das Finanzministerium hätte die Kommunen angeschrieben. Ich bitte um Aufklärung, wie das abgelaufen ist.

Minister Johannes Remmel (MKULNV): Wir haben zwei unterschiedliche Baustellen. Das eine sind die landeseigenen Gebäude. Am 24. Oktober hat es nach meiner Kenntnis seitens des Ausschusses die Aufforderung an die Landesregierung, insbesondere an das Finanzministerium – da es für den BLB zuständig ist –, gegeben, eine Liste mit den festgestellten Verdachtsfällen in öffentlichen Gebäuden, in Landesgebäuden vorzulegen.

Mittlerweile liegen einige Daten vor. Zum jetzigen Zeitpunkt ist es nicht vollständig. Das Finanzministerium hat mir gerade mitgeteilt, dass eine solche Liste bis Februar dem Ausschuss vorlegt wird.

Das Zweite ist die Frage, wie das auf der kommunalen Seite aussieht. Meine Information ist die, dass es eine Abfrage bei den kommunalen Spitzenverbänden, insbesondere beim Städtetag, möglicherweise dem Landkreistag und dem Städte- und Gemeindebund gibt. Das ist allerdings keine Abfrage bei den Kommunen. Es geht darum, wie die Situation eingeschätzt wird.

Das Thema ist für das Land nicht neu. Seit 1996 gibt es verbindliche Festlegungen in unserem Land, wie, nach welcher Weise gemessen wird und was bei entsprechenden Messergebnissen zu tun ist. So wird in öffentlichen Gebäuden seit 1996 verfahren. Dass das ein Problem ist, das uns auch noch über den engeren Zeithorizont hinaus beschäftigen wird, ist klar, weil diese Materialien, einmal eingebaut, ein langes Gedächtnis haben. Deshalb ist es gut und richtig, dass wir uns weiter intensiv damit beschäftigen.

Die Zuständigkeit meines Hauses bezieht sich darauf, wie die Innenraumbelastungen tatsächlich zu bewerten sind. Auf der kommunalen Ebene sind die Gesundheitsämter für die Bewertung von Messungen zuständig.

Vorsitzender Friedhelm Ortgies: Ich muss richtigstellen: Wir haben in der letzten Sitzung, am 24. Oktober, beschlossen, dass das Finanzministerium nicht nur eine

Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
7. Sitzung (öffentlich)

05.12.2012
sd-ka

Liste der eigenen Gebäude vorlegt, sondern eine Liste aller öffentlichen Gebäude – also auch Schulen, Kindergärten und anderen. Ich habe nämlich extra nachgefragt. Wir müssten das Protokoll zu Rate ziehen, um das zu klären. Das war ein einstimmiger Beschluss. Ich bitte, dem noch einmal nachzugehen.

Christina Schulze Föcking (CDU): Ich habe das, worüber wir abgestimmt haben, so verstanden, wie es der Vorsitzende gerade noch einmal deutlich gemacht hat. Es freut mich sehr, dass Sie für diese Liste ein Ziel genannt haben. Herr Markert, das Ganze ist seit 2004 im Gespräch. Entsprechend lange wurde daran gearbeitet. Nach fast neun Jahren – wir haben schon fast 2013 – sollten wir den Sack zumachen und sagen können, wo wir Probleme haben und wo nicht – und das im Sinne der Verbraucherinnen und Verbraucher.

Vonseiten der CDU haben wir dieses Thema aufgrund des jüngsten Beispiels der Dreikönigenschule in Neuss aufgegriffen. Sie verweise auf die Kleine Anfrage 423 „PCB in öffentlichen Gebäuden“ – vgl. Drucksache 16/852. Die Piraten hätten den Antrag gestellt. Sie sei seit 2010 im Landtag und wisse, dass es guter Brauch sei, dass, wenn die antragstellende Fraktion eine Beratung verschieben wolle, der Ausschuss dem auch folgen sollte.

Vorsitzender Friedhelm Ortgies: Ich lese unseren einstimmigen Beschluss vor:

Der Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz fordert das Finanzministerium einstimmig auf, eine Liste mit den festgestellten Verdachtsfällen in öffentlichen Gebäuden vorzulegen.

Das haben wir am 24. Oktober 2010 einstimmig beschlossen.

Simone Brand (PIRATEN): Zu den beiden Gründen für die Ablehnung, die eben genannt wurden, Transparenz und sensible Daten: Für uns stehen Privatsphäre und Datenschutz immer vor Transparenz. Solche Ergebnisse kann man anonymisieren und zusammenfassen. Es geht nicht darum, dass irgendwelche Leute mit ihrem Krankheitsbild an die Öffentlichkeit gehen. Das sollte eine Selbstverständlichkeit sein.

Das Zweite, der falsche Adressat: Ich möchte jetzt nicht nur sagen, bitte denken Sie einmal an die Kinder, sondern denken Sie an die Lehrer! Das Ministerium ist verantwortlich für die Lehrer in diesem Land. Dementsprechend geht es nicht nur um die Kommunen im Land, sondern es geht auch um die Gesundheitspflege seitens der Landesregierung für diese Lehrerinnen und Lehrer. Deshalb ist das hier nicht der falsche Adressat.

Frank Sundermann (SPD): Mich würde interessieren, wie die Landesregierung es anstellen will, aus allen Kommunen die Ergebnisse zusammenzutragen. Müssen die Kommunen das so machen? Ich bin gespannt, wie das umgesetzt werden soll. Da

Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
7. Sitzung (öffentlich)

05.12.2012
sd-ka

muss man vielleicht das Innenministerium fragen. Diese Frage können wir noch klären.

Positiv finde ich, dass hier anders als im Plenum bei der Diskussion letztes Mal hier im Ausschuss sehr sachlich diskutiert wird. Das wird dem Thema auch gerecht. Letztendlich geht es bei diesem Thema an dieser Stelle um Gesundheitsschutz von Eltern und von Kindern, von Menschen allgemein. Das freut uns sehr. Wir wissen: Viele Ausschüsse sind betroffen, der Bauausschuss, das Innenministerium, das Finanzministerium. Der Umweltausschuss ist beratend zuständig.

Positiv an dem Antrag der Piraten ist, dass wir dadurch auf eine Sache aufmerksam gemacht wurden, über die wir letztes Mal schon diskutiert haben: Was kann das Land an dieser Stelle für die Kommunen tun, ohne par ordre du mufti Daten abzufragen. Dabei sollte dieser Ausschuss, aber auch die anderen Ausschüsse diskutieren: Wie kann das Land über die Analysen hinaus, die vom LANUV ausgewertet würden, gucken, dass es, wenn es außer Verdachtsfällen wirkliche Schadensfälle gibt, unterstützend tätig wird, damit die entsprechenden Baumaßnahmen durchgeführt werden?

Ich erinnere an dieser Stelle an die Problematik, die Kollege Markert letztes Mal hier angesprochen hat, die Kieselrotsanierung. Da müssen wir schauen, was wir tun können. Wir sind der Meinung, dass man das von den Kommunen nicht fordern kann. Deshalb werden wir den Antrag ablehnen.

Vorsitzender Friedhelm Ortgies: Sie widersprechen also dem Antrag, den wir letztes Mal einstimmig gefasst haben? – Habe ich das jetzt falsch verstanden?

Hans Christian Markert (GRÜNE): Herr Vorsitzender! Kollege Sundermann hat es eben erwähnt: Das Problem, vor dem wir stehen, ist: Selbst dann, wenn wir ermittelt haben, wo die Immobilien liegen, und wenn wir wissen, wem sie gehören, ob Land oder Kommunen, wenn wir die Träger und damit auch die Verantwortlichen kennen, stehen wir vor dem Problem, wie die Sanierung bezahlt werden soll. Die überwiegende Anzahl der Gebäude ist in kommunaler Trägerschaft – Kindergärten und Schulen.

Der WDR hat in einem Bericht ermittelt, dass man, wenn man sanieren würde, was sanierungsbedürftig ist, über einen Betrag von über 300 Millionen € etwa rede.

Wenn wir wissen, dass saniert werden muss – wir sind uns einig, dass die Gesundheit vorgeht –, dann stellt sich trotzdem die Frage, ob wir die Kommunen, die das zum Teil seit 14, 15 Jahren selber wissen, es aufgeschoben und nichts getan haben, als Land in Kenntnis ihrer finanziellen Situation auffordern: dann macht mal schön!, oder ob wir sagen: das Land tritt ein. Dann müssen wir uns darauf verständigen, dass alle Parteien gemeinsam das Land in die Verantwortung nehmen. Ich bin gespannt, ob das eine Lösung ist.

In der Plenarsitzung am 09.11.2012 – vgl. PIPr 16/13, S. 848 f. – habe ich den Vorschlag eingebracht, ob wir möglicherweise einen Fonds zur Sanierung von Altlasten

Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
7. Sitzung (öffentlich)

05.12.2012
sd-ka

einrichten. Da gibt es wiederum das Problem, wenn wir die Baustoffindustrie beispielsweise mit einbeziehen würden: Sie wissen seit 1983, dass PCB seit 1983 verboten ist. Sie werden sagen, vorher war es legal. Danach ist der Stoff nicht mehr verwendet worden. Von daher sehen die Firmen nicht ein, finanziell in die Haftung genommen zu werden. Das Thema sei schwierig.

Natürlich ist es notwendig, dass wir uns darüber verständigen, wie die Finanzierung geregelt werden kann, wen man mit ins Boot holen kann. Ich glaube nicht, dass wir das zum jetzigen Zeitpunkt ad hoc entscheiden können. Deswegen ist es sicherlich gut, dass wir, wenn die konkreten Zahlen vom Land ermittelt worden sind, wir uns zusammenfinden und wir uns bis dahin alle überlegen, wie Lösungen aussehen können.

Ähnlich wie bei der Kieselrotsanierung finde ich einen Sanierungsplan und eine Unterstützung durch das Land nach wie vor erwägenswert. Das hat aber Haushaltsrelevanz. Deshalb müssen wir miteinander beraten, ob wir an der Stelle immer noch gemeinsame Interessen verfolgen.

Frau Brand, nun soll der Ausschuss dem Antrag zustimmen oder ihn ablehnen. Wir sind uns einig, dass das Thema, das die Piraten ansprechen, sehr berechtigt ist. Frau Brand sagt, dass da etwas formuliert sei, von dem jeder wüsste, was damit gemeint sei. Wir haben es auf Anhieb nicht so verstehen können, wie Sie es gemeint haben. Kollegen der Piraten hätten im Landtagsplenum andere Auffassungen vertreten: Selbstverständlich müssten auch dann, wenn jemand krank sei, die Daten an die Öffentlichkeit gebracht werden. Insofern ist da Interpretationsspielraum. Wenn es Interpretationsspielraum gibt, dann brauchen wir Klarheit. Ich schlage vor, den Antrag zum jetzigen Zeitpunkt zurückzuziehen und zu einem späteren Zeitpunkt mit einem Antrag zu kommen, der dann vielleicht sogar von allen Parteien getragen werden kann, weil er die Verantwortlichkeiten klärt und weil er die Transparenz auf die Bereiche bezieht, die auch zur Transparenz gehören.

Hanns-Jörg Rohwedder (PIRATEN): Herr Markert, wenn ich das zusammenfasse, was Sie sagen, dann heißt das doch: Die Sache ist schwierig, sie wird unter Umständen teuer. Deshalb lassen wir lieber mal die Finger davon.

(Hans Christian Markert [GRÜNE]: Das habe ich nicht gesagt. Das ist Rabulistik!)

Zum zweiten Problem, dem Datenschutz und dem Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung: Das ist ein Verfassungsprinzip, das Sie durch keinen Antrag aushebeln können. Deshalb ist es auch nicht notwendig, das explizit in den Antrag hineinzuschreiben. Klar ist: Verfassungsprinzipien stehen immer über anderen Gesetzen. Das ist kein Thema. Ich weiß nicht, was Sie da für ein Problem haben. Im Grundgesetz gibt es kein ausdrücklich formuliertes Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung, sondern das wurde vom Verfassungsgericht in dem Volkszählungsurteil aus den 80er-Jahren abgeleitet.

Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
7. Sitzung (öffentlich)

05.12.2012
sd-ka

Norwich Rüße (GRÜNE): Ich stelle fest, dass das, was Herr Rohwedder eben gesagt hat, vollkommen falsch ist. Herr Markert hat das nicht gesagt. Er hat gesagt: Wenn man eine solche Liste erstellt, die Zahlen kennt, was das kosten wird, dann muss man sich auch Gedanken darüber machen, wie man das finanziert. Dann muss man sich Gedanken darüber machen, ob man angesichts der schwierigen Haushaltssituation auch bereit ist, das zusammen zu tragen. Darum ging es.

(Hanns-Jörg Rohwedder [PIRATEN]: Wegen der Begründung will er das ablehnen!)

– Nein, das ist nicht wahr. Das ist eine Unterstellung.

Minister Johannes Remmel (MKULNV): Zunächst einmal möchte ich daran erinnern, dass in dem Fall, dass Gebäude belastet sind, die jeweiligen Eigentümerinnen und Eigentümer für die Beseitigung der belasteten Baustoffe zuständig sind. Leider war ich in der Sitzung am 24. Oktober nicht mehr dabei, als über diesen Tagesordnungspunkt beraten wurde. Ich interpretiere den Beschluss wie folgt – ich zitiere wörtlich –:

Der Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz fordert das Finanzministerium einstimmig auf, eine Liste mit den festgestellten Verdachtsfällen in öffentlichen Gebäuden vorzulegen.

Das bezieht sich auf den Zuständigkeitsbereich des Landes. Das Land ist Eigentümer. Diese Liste – das haben Vertreter des Finanzministeriums bestätigt – wird bis Ende Februar erstellt sein und Ihnen dann vorgelegt.

Bezogen auf die Frage, ob und in welcher Weise eine Abfrage bei den Kommunen erfolgt, bitte ich zu überlegen, dass das Finanzministerium diese Aufforderung des Ausschusses nicht erfüllen kann. Das Finanzministerium ist da schlicht nicht zuständig.

(Thomas Kufen [CDU]: Konnexität!)

Zum Zweiten bitte ich zu überlegen, dass es mit erheblichem personellen Aufwand verbunden ist, eine solche Abfrage überhaupt zu machen. Drittens bitte ich zu überlegen, was mit den entsprechenden Daten passieren soll, was damit angestellt werden soll, wenn man die Ergebnisse einer solchen Abfrage hat.

Es bleibt dem Ausschuss unbenommen, die Landesregierung aufzufordern. Ich bitte nur, das dahin zu adressieren, wo es hingehört. Das wäre in diesem Fall das Innenministerium. Ich bitte zu überlegen, welchen Sinn es macht, Daten zu erheben, ohne vorher klar zu wissen, was mit den Daten passieren soll.

Henning Höne (FDP): Ich habe das Gefühl, dass hier der zweite oder dritte Schritt vor dem ersten versucht werden. Einigen muss man sich bezüglich der Frage: Geht es um eine Auflistung aller landeseigenen Gebäude oder aller öffentlichen Gebäude? Gerade gab es unterschiedliche Auffassungen dazu. Ich persönlich würde mir wün-

Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
7. Sitzung (öffentlich)

05.12.2012
sd-ka

schen, dass es um alle öffentlichen geht, wobei man sich sicherlich über den Zeitrahmen unterhalten muss. Letzten Endes halte ich es nicht für zielführend, an dieser Stelle weiter über den Antrag der Piratenfraktion, der hier vorliegt, zu diskutieren, geschweige denn, darüber zu entscheiden, bis eine entsprechende Liste überhaupt erst einmal vorliegt.

Meine Bitte ist, dass wir die Beratung über den Antrag der Piraten entweder schieben oder die Debatte beenden und die ersten Ergebnisse im Februar abwarten.

Vorsitzender Friedhelm Ortgies: Ich stelle fest – Sie sagen es, Herr Höne: Wir diskutieren heute überwiegend über den Antrag der Piraten. Gleichzeitig haben wir über die Auslegung des Protokolls vom 24. Oktober diskutiert. Wenn da drin steht, „die öffentlichen Gebäude sind zu untersuchen“, dann lese ich das als „alle öffentlichen Gebäude“. Oder ich verstehe es falsch. Da steht nichts von landeseigenen Gebäuden, da steht etwas von öffentlichen Gebäuden. Da muss ich auch kein Protokoll korrigieren. Das ist für mich eine relativ klare Geschichte. Sonst muss man sich juristisch eines anderen belehren lassen.

Jetzt hat sich Frau Brand gemeldet. Es geht zunächst um den Antrag der Piraten, über den wir jetzt sprechen. Vielleicht sollten wir das erst einmal abschließen. Dann können wir übers Protokoll reden.

Simone Brand (PIRATEN): Vielleicht bin ich mit meinem ersten Beitrag zu dem Thema nicht richtig verstanden worden. Einmal gibt es den Antrag vom 24. Oktober an das Finanzministerium bezüglich der Erstellung der Liste der Gebäude; auf der anderen Seite gibt es vom federführenden Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales aktuell den Beschluss, dass die Kommunen zusätzlich angeschrieben werden, um eine Liste zu erstellen. Das ist die Information, die mir vorliegt. Das ist zum einen der Beschluss aus unserem Ausschuss und zum anderen der aus dem federführenden Ausschuss.

(Ausschussassistent Thomas Wilhelm: Die kommunalen Spitzenverbände sollen angeschrieben werden.)

Vorsitzender Friedhelm Ortgies: Meine Damen und Herren, mir liegt jetzt nicht das Protokoll des federführenden Ausschusses vor. Wir sollten zunächst nach Wunsch der Piraten abschließend über diesen Antrag entscheiden. Dann habe ich den Wunsch, dass nach dem Beschluss unseres Ausschusses verfahren wird. Wenn sich das Finanzministerium nicht dazu in der Lage sieht, dann muss es eben andere Ministerien um Mithilfe bitten.

Minister Johannes Remmel (MKULNV): Ich möchte es für die Landesregierung klarstellen. Das war eine Aufforderung aus der letzten Sitzung. Dieser Aufforderung an das Finanzministerium kommt das Finanzministerium in Bezug auf die öffentlichen Gebäude des Landes bis Ende Februar nach.

Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
7. Sitzung (öffentlich)

05.12.2012
sd-ka

Ich erkläre für die Landesregierung: Das Finanzministerium kommt der Aufforderung, bezogen auf die öffentlichen Gebäude des Landes, bis Ende Februar nach. Darüber hinaus wird die Aufforderung des Ausschusses dem zuständigen Innenministerium übermittelt. Die müssen dazu Stellung nehmen, in welcher Weise und im welchem Umfang das geschehen kann. Ich habe meine Meinung dazu weitergegeben, dass ich darum bitte, darüber noch einmal nachzudenken, ob das sinnvoll ist.

Vorsitzender Friedhelm Ortgies: Dann noch einmal zu dem Antrag der Piraten, um den es hier geht. Wie soll damit verfahren werden?

Simone Brand (PIRATEN): Verschieben, bitte!

Vorsitzender Friedhelm Ortgies: Also vertagen!

Hans Christian Markert (GRÜNE): Es ist sicherlich ein guter Brauch, Anträge zu schieben. Ich habe eben schon einmal vorgeschlagen, weil es Ihnen in der Sache um das Gleiche geht wie allen anderen Fraktionen, auch noch einmal zu überlegen, ob man diesen Antrag, der Dinge enthält, die missverständlich sind, denen man nicht zustimmen kann ...

Die SPD-Fraktion – Kollege Sundermann – hat es erklärt. Wir haben es erklärt. Wir werden diesem Antrag in der vorliegenden Form mit diesen Forderungen auch in drei Monaten nicht zustimmen, weil da falsche Adressaten genannt werden und missverständliche Dinge enthalten sind. Deswegen bitte ich noch einmal zu überlegen, ob wir nicht zum heutigen Zeitpunkt über den Antrag abstimmen können oder ob Sie den Antrag zurückziehen und beim nächsten Mal vielleicht einen anderen Antrag einbringen, der dann das wiedergibt, was Sie eigentlich wollen.

Vorsitzender Friedhelm Ortgies: Ich habe die Piraten klar verstanden. Oder gibt es nach der Wortmeldung von Herrn Markert eine andere Meinung?

(Simone Brand [PIRATEN]: Nein!)

Also wird das geschoben. Offiziell heißt es vertagt.

Ich werde noch einmal genau das Protokoll anschauen und das, was nach dieser letzten Äußerung des Ministers zu der Untersuchung von öffentlichen Gebäuden gesagt worden ist.